



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP**

zum Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD (Drs. 19/3064)

Förderangebote für den Sommer 2021 und das Schuljahr 2021/2022 schaffen

Bildungs- und Sozialmilliarde im Sommer 2021 und im Schuljahr 2021/2022 mit Leben füllen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Corona-Pandemie stellt für viele Schülerinnen und Schüler eine große Herausforderung und für manche auch eine Belastung dar. Viele haben Lernrückstände in Kernfächern und Kernkompetenzen aufgebaut sowie Einschränkungen im sozialen Miteinander erfahren.

Daher begrüßt es der Landtag, dass sich Bund und Länder auf ein umfangreiches Aktionsprogramm verständigt haben, für dessen Umsetzung der Bund für die Jahre 2021 und 2022 insgesamt 2 Mrd. Euro zur Verfügung stellt.

Mit diesen Mitteln können die von der Landesregierung bereits geplanten Maßnahmen für den Sommer 2021 und im Schuljahr 2021/2022 fortgeführt und weiterentwickelt werden. So können die betroffenen Schülerinnen und Schüler in ihrer kognitiven und sozialen Kompetenzentwicklung im Unterricht und ggfs. auch zusätzlich gefördert werden. Besonders die Möglichkeiten der Differenzierung und der Diagnostik auch im Bereich der psychosozialen Herausforderungen und Bedarfe sind dabei wichtig. Hierzu sollen Maßnahmen zum Aufholen von Lernrückständen, die Schulsozialarbeit, die außerschulische Jugendarbeit und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort fortgesetzt und ggf. verstärkt werden.

Der Landtag unterstützt das Vorgehen der Landesregierung, die Mittel für zusätzliche personelle Unterstützung der Schulen durch Aufstockung des Vertretungsfonds, das Programm Lernchancen:SH, Lernangebote in den Ferien, Bildungsgutscheine, Ganztags- und Betreuungsangebote in den Ferien, für zusätzliche außerschulische Angebote in den MINT-Fächern und Kultureller Bildung, Schulsozialarbeit sowie die Aufstockung des FSJ Schule einzusetzen. Des Weiteren stehen die Mittel auch für

die Entwicklung von Formaten zur Frühintervention und Prävention coronabedingter psychischer Erkrankungen bei jungen Menschen zur Verfügung.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

- eine Verzahnung von schulischen und außerschulischen Angeboten zu gewährleisten,
- die Angebote mit möglichst unterschiedlichen Akteuren (Künstlerinnen und Künstler, Kunstvermittlerinnen und Kunstvermittler, Vereine und Verbände, Volkshochschulen, Träger von Ganztags- und Betreuungsangeboten, weitere außerschulische Lernorte sowie private Nachhilfeanbieter) durchzuführen. Dadurch werden die Lehrkräfte unterstützt und Schülerinnen und Schüler erhalten zusätzliche Förderung auch in Kleingruppen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Schulstandorten, die aufgrund ihrer Sozialstruktur und/oder eines hohen Anteils an DaZ-Schülerinnen und -Schülern vor besonderen Herausforderungen stehen,
- Unterstützungssysteme wie z.B. Schulsozialarbeit oder Freiwilligendienste auszubauen, um Kernkompetenzen wie Sozial- und Selbstkompetenz zusätzlich zu fördern,
- Unterstützungsinstrumente zur Erfassung von Lernständen und zum Aufholen von Lernrückständen zur Verfügung zu stellen.
- einen besonderen Fokus auf die Unterstützungen von Kindern und Jugendlichen in den schulischen Übergängen zu setzen.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung,

- die Maßnahmen zur Digitalisierung in den Schulen fortzusetzen und Lehrkräfte weiterhin im pädagogisch-didaktischen Umgang mit digitalen Lehr- und Lernmitteln fortzubilden, um digitale Unterstützungssysteme auch zum Aufholen von Lernrückständen verstärkt nutzen zu können,
- die Erarbeitung digitaler Unterrichtsmaterialien in Kooperation mit den Universitäten und Fachhochschulen zu unterstützen, um den Lehrkräften ein breites Angebotsspektrum an digitalen Lernmaterialien für die unterschiedlichen Themenfelder und Jahrgänge zur Verfügung zu stellen,
- sich für eine bundesweite Vernetzung der digitalen Lernmaterialien einzusetzen, auf die dann die Lehrkräfte aller Bundesländer zugreifen können.

Tobias von der Heide
und Fraktion

Ines Strehlau
und Fraktion

Anita Klahn
und Fraktion